

auf alle genannten Länder auszuweiten. Wichtig dürfte hier sein, bezüglich zu diesem Zweck, auf die Reise bezogen.

Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für 1924

Die Vorauszahlungen erfolgen nicht mehr wie bisher nach dem Einkommen des Vorjahres, da eine Veranlagung für 1923 nicht stattfindet. Als Maßstab dient: für Land- und Forstwirtschaft das Vermögen, für Gewerbetreibende und freie Berufe der Umsatz, für Kapitalvermögen der Ertrag. Die Vorauszahlungen betragen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe vierteljährlich eine Geldsumme für je 1000 RM, des der Vermögenssteueranlagung für den 31. 12. 23 zugrunde gelegten Wertes des selbstvermögenden Grundstücks. Steht der Vermögenssteuerwert noch nicht fest, so tritt an dessen Stelle der zuletzt für die Steuerabgabe maßgebende Wert (also Wertbeitragswert). Für Einkommen aus dem gewöhnlichen Betrieb der Landwirtschaft mindert sich die Vierteljahrsveranlagung um 10 Prozent der jeweiligen Vierteljahrszahl. Die Vorauszahlungen sind am 29. 2., 15. 5., 15. 8. und 15. 11. 24 fällig.

Gewerbetreibende (also auch die Kapitalgesellschaften (Erwerbsgesellschaften)) haben 2 u. 5. der Rohgewinne (Bruttogewinn) abzüglich Zinsen und Gehälter zu zahlen. Die Zahlungen haben in den gleichen Zeitabschnitten wie die Lohnsteueranlagungen zu erfolgen, mit Ausnahme der vierteljährlichen. Ob für Betriebe des Kleinhandels nach weiteren Abgaben gekürzt werden, wird voraussichtlich durch eine Verordnung des Reichsfinanzministers geregelt werden.

Für die übrigen Steuerpflichtigen (Einkommen aus Grundbesitz, freier Beruf, sonstige Einkünfte) bemessen sich die Vorauszahlungen nach deren Bruttogehältern abzüglich Werbungskosten. Zu zahlen sind für die ersten 2000 Goldmark 10 Prozent, demnächst um je 1 Prozent für die Ehefrau und jedes Kind unter 17 Jahren, für die 2000 Goldmark übersteigenden Beträge 20 Prozent.

Bei Lohn- und Gehaltsempfängern bleiben steuerfrei zur Abgeltung der Werbungskosten für monatlich 50 RM, oder für wöchentliche 12 RM, oder für tägliche Zahlungen 2 RM. Von den den steuerlichen Betrag übersteigenden Zahlungen sind 10 Prozent als Steuer in Abzug zu bringen. Dieser Abzug ermäßigt sich um je 1 Prozent für die Ehefrau, für jedes minderjährige Kind und etwaiger mittellose Verwandte, die vom Steuerpflichtigen in der Hauptwohnung unterhalten werden.

Eine vollständige neue, aber nur so einschneidendere Vorschriften enthält § 11 der Verordnung vom 19. 12. 23. Darunter hat der Steuerpflichtige, wenn sein Einkommen zu seiner Einkommensteuer in offenbarem Widerspruch steht, den Vorauszahlungen (einen tatsächlichen Aufwand und nicht seine Bruttogehälter) zugrunde zu legen. Die Steuer beträgt nie über 10 Prozent bzw. 20 Prozent des „Verbrauchs“.

Nicht erfasst werden von den Vorauszahlungen die Einkommen aus Kapitalvermögen. Hierbei gehören Zinsen von werbefähigen Wertschriften, Dividenden, Zinsen aus Darlehensforderungen usw. An Stelle der Einkommensteuer wird eine Kapitalertragsteuer von 10 Prozent direkt an der Quelle (beim Schuldner) erhoben.

Die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer erfolgt nach Ablauf des Kalenderjahres 1924, also Anfang 1925, nach Rücksicht der erzielten Einkommen im Jahr 1924. Da unsere ganze Steuerregelung auf Goldrechnung umgestellt worden ist, haben die Steuerpflichtigen ihre Bücher ab 1. 1. 24 auch auf werbefähiger Grundlage zu führen. Neben die Einrichtung der Goldbuchführung werden noch Richtlinien beauftragt. Unabhängig hiervon haben die Steuerpflichtigen auf 1. 1. 24 Inventar zu machen und eine Eröffnungsbilanz in Goldmark zu ziehen. Steuerpflichtige, welche regelmäßig in der Zeit vom 30. 6. bis 31. 12. Abkünfte machen, sind berechtigt, für die Eröffnungsbilanz auf den 1. 1. 24 die letzte vor diesem Zeitpunkt aufgestellte Inventar zugrunde zu legen. Die Vermögensgegenstände sind dabei aber mit dem Wert vom 1. 1. 24 einzusetzen.

Neue Nachrichten

Berühmte Zustörungen des Reichstages

Berlin, 22. Jan. Eine Abordnung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften legt dem Reichstagspräsidenten verschiedene Fragen und Beschwerden vor. Der Reichstagspräsident antwortet, dass der Reichstag die Regierung bemüht sich auch um weitere Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Er könne versichern, dass die Finanzminister ein hartes Auge auf diejenigen haben, die ausländische Kurorte besuchen; grundsätzlich werde dies auch zu vermehrten Steuerentnahmen führen. Die Aufhebung des Ausnahmestandes könne die zu den Reichstagswahlen in Aussicht gestellt werden.

Die Ueberwachungskommission kommt!

Berlin, 22. Jan. Die militärische Ueberwachungskommission des Verbands ist am Montag zu einer neuen „Bischoffs“ abgereist. Sie wird die Grenze und Munitionslagerstätten usw. in Mittel- und Süddeutschland durchsuchen.

Der Reichswehrminister lehnt die Lohnbindung ab

Berlin, 22. Jan. Auf das (bereits mitgeteilte) Schreiben, das der Staatssekretär v. Schlieben im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister an den Reichswehrminister Dr. Brauns gerichtet hat, antwortete dieser, er habe es nicht für möglich, einen allgemeinen Grundlohn aufzustellen, das die Gehälter und Löhne der Reichswehrkörper über die der staatlichen und Gemeindevorkämpfer usw. nicht hinausgehen dürfen. Es wäre schwerlich zu erwarten, dass die besonderen Verhältnisse und Möglichkeiten rüsten. Die Bindung würde auch nicht erwünscht sein, weil dadurch die erwünschte Lösung der Hausfront und Wiederbelebung der Wirtschaft gehindert würde. Es ist auch daran zu erinnern,

dass den Wehrmännern gewisse soziale Vorteile gewährt sind, die anderen Arbeitnehmern gewöhnlich nicht oder nicht in dem Umfang zustehen. Unmöglich ist es, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes den Gehaltsmengenbestimmungen für die vorzuschlagenden Lohnsätze zu geben.

Die Platz ohne Zeitungen

Speyer, 22. Jan. Die Verleger der Platz, von denen mehrere in den letzten Tagen von den Sonderbehörden zu hohen Geldstrafen verurteilt worden waren, haben beschloffen, vom Freitag an keine Zeitungen mehr herauszugeben. Sie verlangen Pressefreiheit.

Kein amtlicher Verkehr mit den „Autonomen“!

München, 22. Jan. Unser Meldung der VÖL-Korrespondenz zufolge hat die bayerische Regierung das Schreiben der Regierung der autonomen Pfalz, in dem sie Bergleihmaßnahmen für den Fall weiterer Anschläge ankündigt, uneröffnet an den Untergouverneur Bieg zurückgeschickt, da sie mit Hochverrätern weder einen schriftlichen noch einen mündlichen Verkehr pflege.

Die Rede der Franzosen

Speyer, 22. Jan. Gegen verschiedene katholische Geistliche, die trotz des Verbots des Generals de Weizsäcker in der Contingenzfrage gegen die Sonderbehörden Stellung genommen hatten, ist von der Besatzungsbehörde eine Untersuchung eingeleitet worden.

Die Schüler in Kallerslautern, die an der Ausdeutung der Verfassung für eine Teilgewinnnahme, sind vor die französische Generalverwaltung geladen und lassen sich nicht zeigen, ebenso ein Schüler der Besatzungsbehörde.

Französische Schiedungen mit Ruhrzeugnissen

Paris, 22. Jan. In einer der letzten Unterhausreden in London hatte Lloyd George darauf verwiesen, dass die im Ruhrgebiet beschlagnahmten Eisenzeugnisse in der ungewöhnlichen Weise verschleudert wurden. In Paris hatte man daraufhin eine betrübliche Note veröffentlicht, um die Behauptungen Lloyd Georges zu entkräften. Das „Journal des Debats“ hat aber nun den Inhalt dieser Note in der Weise wiedergegeben, wie Lloyd George erwähnte. Tatsachen sind nur zu beklagen, sondern auch Entschuldigungen zu machen, die großes Mitleid erregen müssen. Man habe im Ruhrgebiet einen Krieg, der sich vor der Ausdeutung mit der Uebernahme des von Deutschland an Frankreich zu liefernden Eisens befähigte, weil man für ihn keine andere Verwendung hatte, nach Düsseldorf entsandt, damit er Metallwaren beschlagnahme. Dies ist er mit Eisen, und um die Kosten seiner Tätigkeit zu decken, verkauft er, was ihm in die Hände fiel, im ganzen 250 000 Tonnen, die in die Hände französischer Schieber wanderten. Diese bezahlten nicht in bar, sondern mit dem von französischen Staat den Bewohnern der zerstörten Gebiete ausgeteilten Gutschein, die festzuwerden die Geschädigten allen Anlauf haben, weil sie wissen, dass sie auf die Erfindung durch den französischen Staat jahrelang warten müssen. In diesen Gutscheinen wird seit Jahren ein schwunghafter Handel getrieben. Man kaufte sie den Geschädigten um 60 Prozent des Werts ab, und so man Gelegenheits war, für viele Ausweise Metallwaren aus dem Ruhrgebiet zu bekommen, so war für die Schieber von vornherein ein Gewinn von 40 Prozent gesichert, nämlich einer Betrag, den sie den Geschädigten weniger ausbezahlt hatten. Außerdem verlangten sie die Erzeugnisse des Ruhrgebietes zu billigen Preisen, so dass einer der Schieber einen Gewinn von 800 000 Fres. einstreichen konnte. Der französische Staat selbst kam natürlich nicht in den Besitz von Eisen, sondern in den von Gutschein, die er selbstverständlich nicht verwerten kann. Da aber die französischen Geschädigten Eisen- und Stahlwaren aus dem Ruhrgebiet brauchen, nahm man diese beiden Materialien den Händen in Braunschweig und Karlsruhe weg, und zwar dieselben Waren, die sie in Pagenburg oder Zollingen gekauft hatten. Es versteht sich, dass unter anderem die Handelskammer von Pagenburg dagegen Einspruch erhob.

Was Elise berichtet

London, 22. Jan. Im Unterhaus verlas Unterstaatssekretär Mac Neil einen telegraphischen Bericht des Generalkonsuls Elise:

Nachdem ich 5 Tage darauf verordnet habe, die Ansichten der Bevölkerung jeder Klasse und jeder Partei in der Pfalz zu ermitteln, bin ich zu dem allgemeinen Schluss gelangt: 1. Die übermäßige Wehrheit der Bevölkerung steht der „autonomen Regierung“ feindselig gegenüber. 2. Die Regierung hätte niemals ohne französische Unterstützung in Erhebung treten können und würde sofort vertrieben werden, sobald die französische Unterstützung aufhört. 3. Nach den Verständnissen von Bieg, der das angebliche Haupt der Regierung ist, sind 75 u. 5. der Sonderbehörden von a u e r e h e l b der Pfalz gekommen. Sie umfassen angewiesene Zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die gänzlich unerfahren sind in den Geschäften der Regierung. 4. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtliche Kirche und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weist den Geboten einer Loslösung von Bayern zu. 5. Ein anderer Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage der Loslösung von Bayern, steht der Abtrennung vom Reich feindselig gegenüber. 6. In bestimmten Kreisen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen Arbeitern, besteht Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staats unter Einschluss der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reich verbunden sein soll. Diese Bevölkerung fürchtet teils die Politik von Berlin, teils die von Wien. 7. Unter den Bauern und Arbeitern herrscht harte Kriegsmüdigkeit und der Wunsch nach Frieden um jeden Preis. 8. Die Sozialistierung gegenüber der „autonomen Regierung“ wurde in allen Teilen zurückgewiesen. Die Erklärung war auf Bauern und andere Grundbesitzer und die Sondergerichte beschränkt. Viele von diesen unterzeichneten anfänglich und zwar ohne Beratung mit den Gemeindevorständen, gegen man aber die Erklärung zurück. Die Bauern in der Pfalz verhalten sich gegenüber der politischen Lage im allgemeinen gleichgültig und wünschen nur in Frieden ohne die Gefahr der Ausweisung zu leben. Die Ansichten der in einer Dünne von Fällen unter Proben er-

langten Unterzeichnung kann nicht die Behauptung bestätigen, dass die Mehrheit der Bauern der „autonomen Regierung“ gänzlich feindselig ist.

Französische Verurteilungserfordernisse?

Paris, 22. Jan. Ueber die bisherige Arbeit des ersten Entschuldigungs-Kaufschiffes urteilt das „Echo de Paris“: Der Kaufschiff hat es nicht mehr nötig, sich mit der deutschen Währungs- und Finanzreform abzugeben, da Deutschland anstehend wieder zu Kräfte gekommen ist. Dem Kaufschiff fällt die Aufgabe zu, die Summen abzuschöpfen, die es an Entschuldigungen jährlich bezahlen kann, sowie Frankreich Ansprüche gegen gewisse Uebernehmungen zu schließen. Es gegen jene Geldnotenbank, über die Schacht in England und Holland verhandelt hat und die das bisherige Hollandhaus in einem massiven Steinbau vermauern soll. Deutschland hat es, sobald es möglich war, trotz Aufhebung und Sanktionen, durchaus verstanden, den Weg seiner Wiederanrichtung zu finden. Aber man muß festhalten, dass Deutschland sich dazu erst auf den Antriebe vom Ausland herbeilassen hat. So werden auch die verschiedenen Arten der Entschuldigungsverpflichtungen, die Frankreich verlangte, sich als durchführbar erweisen, sobald Deutschland sich einmal damit abgefunden hat, dass es bezahlen muß. Die zahlreichen Vorschläge, die von den Verbänden jetzt erörtert werden, haben nur den Wert einer Illusion und sie lassen die Forderungen Frankreichs zu.

Frankreich will seine Kriegsschulden regeln

Paris, 22. Jan. Der „Temps“ ist der Ansicht, dass Frankreich neue Verhandlungen über die Kriegsschulden einleiten sollte. Es könnte nach dem Beispiel Englands zunächst einmal mit den Vereinigten Staaten Fühlung nehmen. Zunächst müßte der Gesamtbetrag der amerikanischen Forderung festgestellt und dann über die Grundlagen einer Regelung verhandelt werden. Die tatsächlichen Zahlungen müßten von den Zahlungen Deutschlands abhängen.

Über das Frankreich nicht um seine Schulden in England und Amerika gekümmert. Auf alle Mahnungen fand es nur die Antwort, es könne nicht zahlen, ehe es nicht von Deutschland bezahlt sei. Jahrelang haben die Gläubigerstaaten sich des bieten lassen und angesehen wie Frankreich Geld ausgab für die Vergrößerung seiner Armaturen und zur Bewaffnung der Staaten des kleinen Verbands, während es alles tat, um Deutschland zahlungsunfähig zu machen. Nicht einmal die Zinsen hat es bezahlt. Man scheint nun von London und New York einen lauten Druck ausgeht zu haben, der jetzt in der Forderung des Frankens erkennbar geworden ist. Das hat gewirkt. Frankreich will jetzt versuchen, die Frage seiner Schulden durch Verhandlungen mit Amerika zu regeln und hofft so, den Sturz des Frankens aufhalten zu können. In Paris will man natürlich die Sache auf Deutschland abwälzen. Selbstverständlich spielt Deutschland eine Rolle bei dem Schicksal des Frankens, aber diese Rolle will Frankreich doch nicht anerkennen. Die Vernichtung der deutschen Wirtschaft, die Frankreich mit allen Mitteln betreibt, untergründet auch den Wert des Frankens. Nicht Deutschland, sondern die Franzosen durch ihre falsche Politik gegen Deutschland schädigen ihre eigene Währung. Hier liegt der Kernpunkt auch für das Schicksal des Frankens.

Verdoppelung der Postgebühren in Frankreich

Paris, 22. Jan. Die Regierung hat der Finanzkommission der Kammer eine Vorlage gegeben, nach der die Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern erhöht werden sollen. Ein Anhangsbrief soll mit 25 „Centimes“ (50 Centimes) sein. Die Regierung rechnet auf eine Recheinnahme von 70 Millionen Franken.

Sturz des Kabinetts Baldwin

London, 22. Jan. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses richtete der Liberale Simon (sein Rechtsanwalt) scharfe Angriffe gegen Baldwin und erklärte, die konservative Regierung müsse verschwinden. Ein Minister Baldwin erinnerte daran, dass es der konservativen Regierung in drei Jahren gelungen sei, die Frage der englischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten zu regeln, dass diese Regierung es weiter während einer äußerst schwierigen Zeit verstanden habe, den Bund mit Frankreich aufrechtzuerhalten, dass sie den Friedensvertrag mit der Türkei und den Vertrag über Langer abgeschlossen habe. Die englische Regierung habe die Schwierigkeiten zwischen sich und den Vereinigten Staaten wegen des Alldollarangebots gelöst, und sie hinterlasse für die kommende Regierung ein Verhältnis zwischen den beiden Staaten, das nach allgemeiner Ueberzeugung auf beiden Seiten des Atlantik besser sei als jemals vorher. Obwohl niemand besser als er wisse, was gegen die Arbeitslosigkeit in England noch zu tun übrig bleibe, so könne er doch erklären, dass die konservativen gerade in dieser Frage mehr erreicht hätten als jede frühere Regierung.

Mackay MacDonald verurteilte die Außenpolitik des Kabinetts Baldwin, erkomme aber an, dass die internationale Lage sich gegenwärtig bessere. Was aber Baldwin zu sagen vergessen habe, sei das die Beförderung der Aussicht auf eine Regierungsänderung zuzukommen sei. Man habe behauptet, dass die Arbeiterregierung an der Entscheidungsfähigkeit Schicksal erleiden werde. Wenn dies zuträfe, so könnte die Arbeiterpartei sich wenigstens mit den vorhergegangenen Regierungen trösten, die sich bis jetzt als unfähig erwiesen hätten, diese Frage zu lösen.

Gegen 11 Uhr abends begann die Abstimmung über den Vertrauensantrag der Arbeiterpartei. Der Antrag wurde mit 328 gegen 256 Stimmen angenommen. Das Kabinett Baldwin ist demnach gestürzt. Das Ergebnis wurde von der Arbeiterpartei mit großem Beifall aufgenommen.

Am Dienstag vormittag begab sich Baldwin zum König, um ihm das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu übergeben und vorzuschlagen, MacDonald mit der Reorganisation zu betrauen.

Die Abgeordneten der Arbeiterpartei verknüpfen sich am das Programm MacDonalds und die Zusammenfassung des künftigen Kabinetts zu prüfen.

Insulate haben besten Erfolg.

Com...
ih...
lungen...
Euerpo...
Landest...
Stab...
lichen...
Eien...
Kohle...
sind ge...

Naga...
Beruf...
Wohlo...
nung...
lung...

Statt...
einer M...
es richt...
ihre so...
denst...
miegende...
Künftler...
würdige...
Entscheid...
jolls Fr...
Sche...
verbind...
licher W...
Böhmp...
Wagen...
Renne...

Statt...
von Oly...
mer, Gär...
dabei ein...
wurde...
ter, den...

Mei...
kammer...
ausgep...
Oste...
tun...
Kalk...
jelen...
Sach...
ist der...
sehr min...
an Ort...
kammer...
werde, so...
zen in...
sen „ar...
tische...
getrof...
der Bräu...
den. Bro...
nisation...
werkst...
ihre An...
gegenü...

Die...
Konsum...
eine Dan...
Wahl...
letzten...
Aufgaben...
dem die...
Ka eine...
nicht geb...
bedauern...
sel auf...
Koch...
hier, die...
langjähr...
erwachen...
u...
u...
in verb...
den. Der...
C. Bü...
W...
W...
Alten...
hiese...
überh...
einsch...
Verd...
2. den...
Bere...
föhrung...
Z...
gründet...
haus...
lgen...
sich...

nicht die Behauptung bekräftigen der autonomen Regie-

Währungsreform?

Die bisherige Arbeit des ersten Ausschusses des 'Eche de Paris'...

Kriegsschulden regeln

Es ist der Ansicht, daß Frankreich die Kriegsschulden einseitig...

Es ist nicht um seine Schulden im Streit. Auf alle Mahnungen...

Verhältnisse in Frankreich

Die Lage hat der Finanzkommission...

Rechts Baldwin

Die Sitzung des Unterhauses...

Die englische Regierung habe...

Die Beschlüsse der Konferenz...

Die Beschlüsse der Konferenz...

Die Beschlüsse der Konferenz...

Die Beschlüsse der Konferenz...

Die Beschlüsse der Konferenz...

Der Eisenbahnerstreik in England

London, 22. Jan. Der Ausfall des Lokomotivpersonals...

Erhebung des Alkoholverbrauchs in der Türkei

Angora, 22. Jan. Die türkische Regierung hat sich mit...

Württemberg

Stuttgart, 22. Jan. Die verbotene Zeitung, die kommunistische...

Wegen verbotener Verlesungen wurden zwei Mitglieder...

Stuttgart, 22. Jan. Vom Landestheater. Nach einer Mitteilung...

Schweizer Liebesgabe. Als Mitglied der unmittelbaren...

Stahlblech. Der 48jährige verh. Hilfsarbeiter Jakob Bögg...

Aus Stadt und Land.

Magdeburg, den 23. Januar 1924.

Meisterprüfung 1924. Der Vorstand der Handwerkskammer...

Die Zukunft der Konsumvereine. Der Verband nicht...

Koblenz, 21. Jan. Ehrung. Frau Maria Barck hier, die sich...

Altenheim. Vom Versicherungsvorstand. Der hiesige...

Die Aufwertung der Hypotheken und anderer Geldguthaben.

Vortrag von Prof. H. Bauser in Magdeburg (30. Jan. 1924).

(Fortsetzung)

Am 28. November 1923 erfolgte, nachdem schon vorher...

Das Urteil stellt weiter fest, daß die Bestimmungen des...

Mit diesem Urteil ist der Kampf für die Hypothekengläubiger...

Die Aufwertung der Hypotheken und anderer Geldguthaben...

Handelsnachrichten

Dollar 4,34 (4,34), London 1 Pf. 16,6 (16,6), Amsterdam 1 Gulden...

Die französische Regierung hat die Währungsreform...

Stuttgarter Börse, 22. Jan. Die Börse zeigte heute das gleiche...

Wärkte

Wichmarkt Korbstraße, 21. Jan. Zufuhr 550 Stück; 27 Ochsen...

Stuttgarter Markt, 22. Jan. Die Sachsituation am Markt...

Wichmarkt Weidenhahn, 21. Jan. Der Jahrs zum Wichmarkt...

Schweinemärkte. Hall: Zufuhr 600 Stück und 3 Küfer...

Stuttgarter Markt, 22. Jan. Obstmarkt. Zufuhr 15 bis 22...

Wasserkraftmarkt. Zufuhr 1 bis 12, Kohlen 5 bis 12...

Wasserkraftmarkt. Zufuhr 1 bis 12, Kohlen 5 bis 12...

Wasserkraftmarkt. Zufuhr 1 bis 12, Kohlen 5 bis 12...

Wasserkraftmarkt. Zufuhr 1 bis 12, Kohlen 5 bis 12...

Table with columns: Land, 21. Januar, 22. Januar, and values for Berlin, Holland, Belgien, etc.

Das Wetter. Aus dem Westen kündigen sich neue Stürme an...

